

Forstpolitik und Waldpädagogik

27.09.2013



Anlässlich des kürzlichen Ehrenkolloquiums „Am Bildungsort Wald“ am Haus des Waldes in Gräbendorf (Brandenburg) referierte Prof. Dr. habil. Ernst Ulrich Köpf über „Forstpolitik und Waldpädagogik“. Schwerpunkte waren: „Forstpolitik und Nachhaltigkeit“, „Kritische Bemerkungen zur Verantwortung in der Politik“ sowie „Gründe für die Waldpädagogik, den Erfahrungsschatz der Forstwirtschaft zu nutzen“.

Vortrag „Forstpolitik und Waldpädagogik“ anlässlich der Verabschiedung von Herrn Oberforstmeister Klaus Radestock am 22. August 2013:¹

Lieber Herr Radestock, meine Damen und Herrn,

ich freue mich über diese Festveranstaltung im Garten am Haus des Waldes: „Am Bildungsort Wald“. Herrn Hubertus Kraut, Direktor des Landesbetriebes Forst Brandenburg, ist für die Initiative sehr zu danken, Herrn Radestock durch ein Ehrenkolloquium zu würdigen. Und ich freue mich hier sprechen zu dürfen. Dabei weiß ich, dass „Forstpolitik“ im Rahmen der Waldpädagogik als ein sprödes Thema empfunden werden kann.

Ich verdanke diesem Ort und den Menschen, die hier wirken, insbesondere Ihnen, verehrter Herr Radestock, wahrhaft inspirierende Begegnungen und Erlebnisse. Am 7. Juli 1997 kam ich zum ersten Mal hierher – durch Herrn Gerald Slotosch, der hier ein freiwilliges ökologisches Jahr verbracht hatte und später an der TU Dresden außerordentlich erfolgreich über „Waldschulen und waldbezogene Bildungsprozesse“ promovierte. So kam es zur Einbeziehung der Waldpädagogik in „meine“ Forstpolitiklehre. Mit Studenten waren wir sechsmal hier zu Gast.

Das Thema „Forstpolitik und Waldpädagogik“ gliedere ich in drei Abschnitte:

- (1) Forstpolitik und Nachhaltigkeit.
- (2) Kritische Bemerkungen zur Verantwortung in der Politik.
- (3) Gründe für die Waldpädagogik, den Erfahrungsschatz der Forstwirtschaft zu nutzen.

Forstpolitik und Nachhaltigkeit

In meinem Lehrbuch „Forstpolitik“ (Ulmer Verlag, Stuttgart 2002) steht es so: *„Forstpolitik bedeutet, im gesellschaftlichen Zusammenspiel Interesse am Wald geltend machen und institutionell sichern.“*

Die Rede ist von Institutionen und von Interessen, die man durch sie schützen will. im politischen Raum gibt es vielerlei Interessen. Oft sind sie individuell, kurzfristig gedacht und emotional begründet. Das Ökosystem Wald aber ist empfindlich und kann rasch zerstört werden – deshalb darf man es nicht beliebigem Treiben der Politikwelt aussetzen. Besucher der Nationalparke Bayerischer Wald und Harz sehen erstaunt, wie man Wälder sterben lässt. Man erklärt es ihnen als „natürliche Prozesse“, die man hier studieren kann.

Den Borkenkäferbefall der Fichte nannte man im 18. Jahrhundert „Wurmtröcknis“ – eine alte Erfahrung! Sie bedarf keiner neuen Erforschung, man sollte sie nicht zur Belehrung moderne Stadtmenschen inszenieren.

Die unbequeme Wahrheit lautet: Ungezähmte Natur und menschliche Zivilisation sind

¹ Nachträglich schriftlich und ausführlicher gefasst als beim Ehrenkolloquium am „Haus des Waldes“ Frauensee bei Gräbendorf (Brandenburg) vorgetragen.

Gegensätze und grundsätzlich unvereinbar. Unsere uralt bewohnte und gestaltete Kulturlandschaft verpflichtet, sie zu erhalten und zu pflegen. Nationalparke in den Vereinigten Staaten wurden im neunzehnten Jahrhundert in siedlungsfernen, unberührten Landschaften eingerichtet – wir haben nur dieses alte, dicht besiedelte und intensiv genutzte Land. Seine Fläche entspricht nicht einmal vier Prozent der Fläche der USA. Unsere Bevölkerungsdichte aber liegt mit 320 Menschen pro Quadratkilometer zehn Mal höher als die der Vereinigten Staaten. Will man „unberührte“ Natur wiederherstellen, wird ein Zivilisations-Folgeprozess ausgelöst, durch den Landschaften verwildern. Man kann das im Einzelfall und auf begrenzter Fläche wissenschaftlich rechtfertigen. Dass sich jedoch jedes Bundesland einen „Nationalpark“ leisten will, ist absurd. Baden-Württembergs Regierung beabsichtigt, einen Teil des Nordschwarzwaldes zum Nationalpark zu erklären – die Bevölkerung dieses Bundeslandes ist (vielleicht anders als in Bayern!) keine „Nation“. Achtzig Prozent der betroffenen Bevölkerung haben sich dagegen ausgesprochen. Deren Votum zu negieren ist undemokratisch. Urbane Zivilisation kann auf die Produktivität des ländlichen Raumes nicht verzichten. Bei uns weiß man das nicht, denn es ist die subtile Ausbeutung der Dritten Welt zugunsten der Industriestaaten, welche unsere ländlichen Räume vorübergehend im Wert mindert. Doch angesichts des Holzbedarfs in unserem Land ist fraglich, ob man die Vernachlässigung der Produktivität des eigenen Landes lange durchhält. Deutschland importiert mehr als die Hälfte seines Bedarfs an Holz und Holzprodukten, und das schon sehr, sehr lange. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung ist es unverantwortlich auf Holznutzung im Inland und die extensive Stilllegung produktiver Waldungen in unserer Landschaft zu verzichten. Dabei geht die Waldfläche weltweit zurück, denn Urwälder liefern den Industriestaaten wertvolles Holz und billigen Zellstoff. Der Exploitation folgt nur selten nachhaltige Forstwirtschaft. Ein Regierungschef in Südamerika beklagte jüngst, die Industrieländer hätten den Vorschlag ignoriert für die Erhaltung tropischen Regenwaldes in seinem Land Entschädigung zu zahlen, der Urwald werde nun nicht länger geschützt. Baden-Württemberg hätte hier handeln können – das hätte ökologisch mehr gebracht als sämtliche Nationalparke in Deutschland zusammen.

Es geht mir nicht um die Polemik gegen Nationalparke. Die simple Wahrheit lautet: Es ist eine Kunst, Wald gemäß den Bedürfnissen der Menschen aufzubauen. Man erlernt diese Kunst in Jahrhunderten, und der Lernprozess in forstlicher Nachhaltigkeit endet nie. Der Klimawandel zeigt uns, dass sich die ökologischen Bedingungen für den Wald in den Lebenszyklen, die für ihn typisch sind, ändern. Im dichtbesiedelten Industrieland mit einer mobilen und konsumfreudigen Bevölkerung müssen Förster (nicht Bürokraten!) als Fachleute für den Wald die Lebensbedürfnisse von Wäldern und Bäumen beobachten, nach Möglichkeit erkennen und in angemessene Pflege umsetzen. Dieser Aufgabe stellen sie sich seit zweihundert Jahren im Rahmen der Forstwissenschaft und in den Forstbetrieben. Sie versuchen, den vielfältigen Leistungserwartungen der Menschen an den Wald gerecht zu werden. Man kann es sich nicht leisten, auf diese Funktion der Förster und ihre Erfahrungen als Fachleute der forstlichen Nachhaltigkeit zu verzichten. Die Natur baut die Wälder keinesfalls so auf, wie es den Bedürfnissen einer eng gewordenen und rasch enger werdenden Welt der Menschen genügt. Darum aber geht es bei der forstlichen Nachhaltigkeit und in der globalen Ökologie.

In meinem Lehrbuch ist deshalb der Definition „Forstpolitik“ noch ein Satz hinzu gefügt: *„Walderhaltung, Schutz, Gestaltung des Waldes zu vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten folgen als forstpolitische Ziele aus Interessen von Menschen.“*

Gemeint ist hier die forstliche Nachhaltigkeit, die vor zweihundert Jahren durch Institutionen gesichert wurde, die im Wesentlichen bis in unsere Tage wirksam sind. Es handelt es sich um

- den Forstbetrieb auf festgelegter und eingeteilter Fläche;
- Qualifizierung der Förster als Fachleute für forstliche Nachhaltigkeit;

- die Forsteinrichtung als unabhängige periodische Inventur und Fortschreibung der forstbetrieblichen Planungen.

Diese institutionelle Sicherung ist Bedingung für nachhaltige Forstwirtschaft. Deshalb steht sie nicht zur Disposition beliebiger politischer Mehrheiten. Das Nachhaltigkeitsgebot wird im historischen Prozess oft nicht beachtet, eine schlimme Erfahrung. Besonders erschreckend ist, dass sich heute gerade Deutschland – das Ursprungsland der Nachhaltigkeit – als unzuverlässig, ja verantwortungslos erweist.

Kritik an der Politik

Mit dem Nationalparkprojekt in Baden-Württemberg habe ich das beispielhaft gezeigt. Ich weiß es ist riskant, an einem so komplexen Wirkungsfeld wie der Politik grundsätzliche Kritik zu üben. Ich will das dennoch – in aller gebotenen Kürze – tun. Doch will ich auch auf Gründe hinweisen, welche die Mängel und Fehler erklären. Denn in der Demokratie ist Einsicht Bedingung für konstruktive Politik.

Erster Kritikpunkt: In der politischen Debatte fehlt es an Aufrichtigkeit.

Man verfolgt geopolitische Interessen und bemüht nach außen hin Menschenrechte – so im Irak, in Afghanistan und in Syrien. Es ist schlicht nicht wahr, dass sich Deutschland am Hindukusch verteidigt. Afghanistan hat Deutschland nie angegriffen. Es leidet seit Jahrzehnten unter imperialistischen Interventionen, vergleichbar denen, die Deutschland im Dreißigjährigen Krieg erdulden musste oder mit dem Zweiten Weltkrieg selbst verfolgte. Das hat nichts mit Landesverteidigung zu tun. Nein, es ging damals und geht am Hindukusch um Macht und Einfluss, um Herrschaftsrechte und den Zugriff auf Ressourcen. Deutschland hat in Afghanistan nichts verloren. Es „engagiert“ sich dort aus Angst, das mächtige Amerika könnte ihm seine Gunst als Schutzmacht entziehen – und die USA wissen, was sie tun, auch wenn sie es mit Idealen wie Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit kaschieren.

Es gibt viele Beispiele solcher Unaufrichtigkeit. Machen wir uns aber nichts vor: Aufrichtigkeit gibt es unter Menschen nicht wirklich. Wolfgang Engler zeigt dies eindrucksvoll in seinem Buch „Lüge als Prinzip – Aufrichtigkeit im Kapitalismus“ (Aufbau Verlag, Berlin 2009).

Man wollte Kinder zur Aufrichtigkeit erziehen, die Folge war Repression. Wir müssen die Unaufrichtigkeit in der Politik wahrnehmen, um darauf als Demokraten zu reagieren. Darum geht es – auch beim Naturschutz!

Zweiter Kritikpunkt: Mangel an Rationalität.

„Ratio“ heißt im Englischen „Verhältniszahl“, Verhältnis zweier Größen zueinander. Prozentangaben sind standardisierte Verhältniszahlen, die angegebene Zahl bezogen auf Hundert. In der Politik drückt man viel und gerne in Prozenten aus. Es klingt rational und verschleiern den Sachverhalt. So beim sogenannten Wirtschaftswachstum: Es kennzeichnet die jährliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsproduktes – eine Kennziffer der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese Kennziffer ist nur brauchbar, wenn man sie sachkundig beurteilt. Der einfache Prozentwert sagt wenig, doch lässt sich damit wunderbar Interessenpolitik machen. Umgekehrt nennt man leicht erfassbare Zahlen, wenn sie sensationell klingen: Zwei Tote in Ägypten, zehn Opfer bei einem Anschlag im Irak, 100.000 Menschen, die in einem viele Jahre dauernden Konflikt umgekommen sind. Ich will das nicht verharmlosen. Doch dass Emotionen geweckt werden, um Ziele zu verdecken, sollte man immer beachten. Man muss sich die tatsächlichen Verhältnisse auf der Welt klar machen. Nimmt man z. B. (nicht realistisch, aber bei einer Weltbevölkerung von 7 Milliarden Menschen leichter zu rechnen) ein durchschnittliches Lebensalter von 70 Jahren an, sterben täglich: 100 Millionen geteilt durch 365 Tage, also rund 275 Tausend Menschen. So viele! In jedem Einzelfall bedeutet diese globale Realität individuelle Trauer – doch sind zehn Tote in Mittelost kein globales Drama.

Die Krise der Welt ist die übergroße Menschheit. In Deutschland reagiert die Bevölkerung auf die Enge im Land mit einer geringen Geburtenrate. Die sogenannte Wirtschaft mit ihrer Geldorientierung und die im Staat Verantwortlichen mit ihren Haushaltssorgen und der Gier nach Steuereinnahmen betreiben dann Einwanderungspolitik. Bitte, ich habe nichts gegen Ausländer und ich will keine Debatte über globale Migration und Asylpolitik führen. Doch eine andere Politik wäre möglich. Schon vor Jahrzehnten, als ich einige Zeit bei der Welternährungsorganisation FAO tätig war, plädierte ich für eine Entwicklungspolitik, die den Ländern unmittelbar zugutekommt. Stattdessen erschloss man in der Dritten Welt neue Märkte für die Industrieländer. Der Schlamassel heute auf der Welt ist in hohem Maße durch Mangel an Ratio, durch einseitige Interessenpolitik und fehlende Aufmerksamkeit und Einsicht des Wahlvolkes verursacht!

Dritter Kritikpunkt: Macht und Selektivität der Medien.

Die vermeintliche „Vierte Gewalt“ im demokratischen Staat berichtet erstaunlich willfährig im Sinne der Geldinteressen. In der ZEIT No. 35 am 22. August 2013 lautete die Schlagzeile des Leitartikels: *„Nichts als Worte. Die Krisen in der Welt begleitet Deutschland nach dem Motto: Niemandem wehtun, am wenigsten sich selber.“* Im SPIEGEL heißt Deutschland gar ein *„Riese, der keiner sein will“* (Nr. 35/2013, S. 28). Man verwechselt das Geld, das die Konzerne absahnen, mit dem Volk und seinen Anliegen. Warum sollten die Deutschen mehr zu verantworten haben als ihr eigenes Gemeinwesen in Ordnung zu halten und mit anderen Nationen möglichst fair umzugehen? Erneut geht es um Ratio: Bei derzeit 7 Milliarden Menschen auf der Welt ist ein Prozent 70 Millionen. Deutschland vertritt mit 82 Millionen Einwohnern nur etwas mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung.

Ist es nicht Wichtigtuerei, wenn man sich da als moralische Instanz fühlt, gar als Weltpolizei aufspielt? Nach dem Trauma der Hitler-Ära braucht die Welt keine geläuterten Deutschen, die den anderen sagen, wo es langgeht. Man muss wohl aufpassen, dass im eigenen Land keine Verrückten terroristisch aktiv werden; doch ein „Krieg gegen den Terrorismus“ ist unmöglich. „Schurkenstaaten“ gibt es überall, auch im Westen, wenn man genau hinschaut.

Doch muss ich auch die Journalisten in Schutz nehmen: Medien stehen im Konkurrenzkampf. Sie sind auf Werbeeinnahmen angewiesen. Sie reagieren auf Massenverhalten der Menschen, und die Mehrheit ist für rationale Unterrichtung nicht sehr empfänglich.

Da liegt ein Bildungsproblem vor! Erziehung muss aufgeklärtes – „rationales“ – Denken und entsprechend demokratisches Handeln in den Mittelpunkt rücken. Karriere und das Streben nach hohem Einkommen – der „soziale Aufstieg“ – ist kein Erziehungsziel. Demokratisch und sozial ist Mäßigung. Das beweisen wundervoll anhand von Zahlen Richard Wilkinson und Kate Pickett in *„Gleichheit ist Glück“* (Tolkemitt Verlag bei Zweitausendeins, Berlin 2009, 4. Aufl. 2012). Erziehung zur Nachhaltigkeit muss dies beachten.

Vierter Kritikpunkt: „Furor legislativus“ und Bürokratismus.

Von „Furor legislativus“ – wildgewordener Gesetzgebung – sprach schon 1983 Prof. Roman Herzog (vgl. Köpf: Forstpolitik 2002, S. 60, 111, 222), damals Innenminister in Baden-Württemberg, später Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und 1994 – 1999 siebter Bundespräsident.

Auf allen Ebenen wuchert die Gesetzgebung seither weiter. So entsteht eine in sich widersprüchliche Überregulierung, welche der Idee des demokratischen Rechtsstaates widerspricht. Der setzt eine Rechtsordnung voraus, die dem Bürger klare Verhältnisse bietet. Unübersichtliche Rechtsverhältnisse führen zu Ungerechtigkeiten. Immer mehr Prozesse werden geführt, deren Sinn fraglich ist. Die Gerichte sind überlastet, die Kosten für die Gemeinschaft und betroffene Bürger wachsen, die weniger bemittelte Bevölkerung wird dadurch ausgeschlossen.

Bei widersprüchlicher Gesetzeslage und unklaren Rechtsverhältnissen entscheiden Verwaltungen und Gerichte nach freiem Ermessen. Dann unterscheiden sich die Verhältnisse nicht mehr von jenen im absolutistischen Staat vor mehr als zweihundert Jahren. Große

Konzerne aber finden trickreich Umgehungsmöglichkeiten, die dem gewöhnlichen Bürger – angeblich dem Souverän – verschlossen sind.

Hier wäre auch auf die Orgie an Forstreformen der vergangenen Zeit einzugehen, welche dem Wald und seinen Funktionen für die Gesellschaft keine Verbesserung brachten, um es milde auszudrücken. In einigen Bundesländern hat man die Verantwortung für den Wald und seine Betreuung aufgeteilt und vom Forstbetrieb auf bürokratische Ebenen verlagert.

Weshalb eigentlich? Vielleicht ist dies eine Erklärung: In der Medienwelt erwartet man von Ministern Aktion, auch wenn im Grunde alles richtig ist und bestens funktioniert.

Die Forstverwaltungen wurden missbraucht, um Sparwillen im maroden Finanzwesen des Staates zu demonstrieren. Der Wald wehrt sich nicht – erst nach Jahrzehnten wird sichtbar, dass er vernachlässigt wurde. Abstrakte Rechthaberei von Verwaltungsjuristen und administrative Ränkespiele spielten eine Rolle. Falsche Entscheidungen beruhten auf Unkenntnis über forstökonomische Zusammenhänge. Jüngere Kollegen sehen das vielleicht milder; ausschließen will ich nicht, dass die Anpassungsfähigkeit des *Homo sapiens* auch bei Förstern manche Wunde heilt. Doch bei Aldous Huxley (1894–1963) lese ich in „Schöne neue Welt“ (Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt a. M., 58. Auflage 2000), einem Zukunftsroman von 1931, im Vorwort von 1946, dass Menschen, wenn ihnen wirtschaftliche Sicherheit geboten wird, Liebe zur Sklaverei entwickeln können und sich mit ihr abfinden. Sind wir schon soweit?

Fünfter Kritikpunkt: Die Herrschaft des Geldes.

Damit sind wir bei der eigentlichen Problematik angekommen – den herrschenden Verhältnissen. Karl-Heinz Brodbeck hat in einem 1200 Seiten starken Buch über „Die Herrschaft des Geldes“ (WBG – Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2009, 2. Aufl. 2012) aufgezeigt, wie unvollkommen die wissenschaftliche Begründung unserer Wirtschafts- und Geldordnung ist. Hier ist nicht der Ort darauf einzugehen. Ich finde mich aber durch ihn mit meinen Ansichten zur Forst- und Umweltpolitik bestätigt, die ich in vielen Jahren intensiver Befassung mit der Wirtschaftstheorie in Anwendung auf die Forstwirtschaft entwickelte. In meinem Lehrbuch „Forstpolitik“ habe ich darzustellen versucht, dass Theorie zur abstrakten Erklärung bestimmter Beobachtungen dienen kann, jedoch die Übertragung auf komplexe Zusammenhänge der Wirtschaftswelt unzulässig ist und zu falschen Entscheidungen führt. Menschen, für die Geldanhäufen Lebenszweck ist, haben damit kein Problem. Doch Wissenschaftler, Bürokraten und Politiker sind angewiesen auf theoretisch begründete Vorstellungen von dieser ihnen fremden Welt.

Die Meinung, Marktwirtschaft sei die schlechthin überlegene Organisationsform im Zusammenleben der Menschen, dient durchaus nur den Interessen der Geldmafia. Gewiss, es gibt funktionierende Märkte, und die Markttheorie erklärt sie. Doch die Energieversorgung durch regionale Monopolisten erfüllt nicht die Kriterien für effiziente Marktwirtschaft. Die Privatisierung des Schienenverkehrs hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun, sie dient nur dazu, die Verantwortung ins Anonyme zu verlagern. Ganz unökologisch ist die Übertragung der Postgeschäfte auf mehrere Unternehmen, welche die Adressaten nacheinander anfahren. Sie verursachen Verkehr, was Lärm und sinnlosen Energieverbrauch bedeutet. Die Bevorzugung des Massenversands sinnloser Werbeschriften mag betriebswirtschaftlich vorteilhaft sein, belastet aber die Volkswirtschaft. In einem von der Sächsischen Carlowitz-Gesellschaft herausgegebenen Buch „Die Erfindung der Nachhaltigkeit (oekom Verlag, München 2013) habe ich mehr dazu gesagt. Mein Beitrag *„Von der forstlichen Nachhaltigkeit zur Nachhaltigen Entwicklung“* endet so: *„Nachhaltige Entwicklung ist nur erreichbar, wenn wir uns von der Dominanz des Geldes in der Wirtschaftspolitik lösen. Was morgen sein wird, muss uns heute bekümmern – sonst tritt ein, was Carlowitz vorausahnte: der Kollaps.“*

Waldpädagogik muss den Erfahrungsschatz der Forstwirtschaft vermitteln

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ gehört zentral zu den Aufgaben, denen man sich in der Waldpädagogik stellt. Ich will erklären, warum die Erfahrung der Forstwirtschaft dabei

essentiell ist. Beginnen muss ich mit einem Skandal, hier in Brandenburg: In einer gutachtlichen Äußerung stellt Professor Dr. Jörg Bogumil vom Lehrstuhl für öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik der Ruhruniversität Bochum fest: *„...dass sich Brandenburg gemeinwohlorientierte Aufgaben im Forstbetrieb gar nicht mehr leisten wird.“* Hätte er Recht, wäre dies der Bankrott des Staatswesens. Schließlich hat der Staat keinen anderen Zweck als das Gemeinwohl. Nur dafür brauchen wir ihn! Private Interessen entsprechen eben nicht primär den gesellschaftlichen Bedürfnissen – wir erleben nachgerade das Gegenteil! Und jene irren, welche die 1776 von Adam Smith vertretene These verallgemeinern, nach der privates Gewinnstreben ohne Absicht die Gesellschaft nachhaltig fördern kann: wie *„von einer unsichtbaren Hand geleitet“* („Der Wohlstand der Nationen“, dtv bibliothek, München 1974, S. 371). Ich kann hier nicht auf die globalen Zustände eingehen, die Jean Ziegler als *„Das Imperium der Schande“* (Bertelsmann Verlag, München 2005) gekennzeichnet hat. Er stellt die Folgen des hemmungslosen Gewinnstrebens auf der Welt stellt ungeschminkt dar.

Sorgfältiger als Herr Bogumil stellt Heinrich Cotta (1763–1844) dar, was Waldwirtschaft bedeutet (Grundriß der Forstwissenschaft, 4. Aufl., hrsg. von seinen Söhnen; Dresden und Leipzig 1849, S. 13/14). Ich zitiere:

„Verschiedenheit der Zwecke bei der Waldbehandlung.

Bei dem Forstwesen giebt es verschiedene Zwecke oder Zielpunkte, und die Forstwirtschaft kann daher in mehrfacher Beziehung stattfinden. Man bezweckt nämlich, entweder

- 1) den vollkommensten Zustand des Waldes bei welchem derselbe nachhaltig das meiste und brauchbarste Holz liefert, oder*
- 2) man sucht den größten Geldgewinn von der Waldfläche zu erlangen, ohne das allgemeine Staatswohl und den künftigen Zustand des Waldes zu beachten, oder*
- 3) man strebt, durch den Wald das allgemeine Staatswohl zu erhöhen, ohne Rücksicht auf die Geldeinnahme, welche der Forstkasse unmittelbar zufließt.“*

Deutlich steht hier, dass sich Holzplantagen und Wälder unterscheiden, dass letztere das allgemeine Staatswohl erhöhen (wir würden von „multifunktionalen“ Wäldern sprechen). Cotta wusste wohl, was im 18. Jahrhundert geschehen war und was heute weltweit zu beobachten ist: dass das Streben nach „größtem Geldgewinn“ den Wald zerstört. Nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft aber pflegt den Wald in der Weise, dass die Gemeinwohleinstellungen durch einen Deckungsbeitrag aus der Holznutzung teilfinanziert werden. Im „Cluster Forst/Holz“ ergibt sich dann der volkswirtschaftliche Gewinn, der eventuelle Steuerzuschüsse zur Forstwirtschaft mehr als rechtfertigt. Sogenannte Multiplikatorwirkungen machen die Urproduktion des Rohstoffes Holz zu einem wichtigen Anliegen staatlicher Wirtschaftspolitik!

An dieser Stelle ist auch an die „Goldenen Worte“ zu erinnern, die im Jahre 1867 Otto von Hagen (1817–1880) als Chef der preußischen Staatsforstverwaltung formulierte:

„Die Preußische Staatsforstverwaltung bekennt sich nicht zu den Grundsätzen des höchsten Bodenreinertrags unter Anlehnung an einer Zinseszinsrechnung, sondern sie glaubt, im Gegensatz zur Privatforstwirtschaft, sich der Verpflichtung nicht entheben zu dürfen, bei der Bewirtschaftung der Staatsforsten das Gesamtwohl der Einwohner des Staates ins Auge zu fassen, und dabei sowohl die dauernde Bedürfnisbefriedigung in Beziehung auf Holz und andere Waldprodukte, als auch die Zwecke berücksichtigen zu müssen, denen der Wald nach den verschiedensten anderen Richtungen hin dienstbar ist.“ (Zitiert nach A. Milnik, Bernhard Danckelmann, Nimrod Verlag 1999, S. 148.)

Da heute die Forstgesetze allen Waldungen weitgehende Pflichten auferlegen, die dem Gemeinwohl dienen, gilt der Unterschied zur Privatforstwirtschaft heute nicht mehr. Umso mehr trägt der Staat umfassende Verantwortung dafür, dass Forstbetriebe aller Waldbesitzarten „gemeinwohlorientierte Aufgaben“ nachhaltig wahrnehmen können, auch wenn es Steuergelder kostet. Laien wie dem Herrn Bogumil muss man unbedingt

entgegenzutreten und den Verantwortlichen klar machen, dass seine Äußerungen nicht nur gesetzwidrig sind, sondern dem Land, seiner Bevölkerung und der Wirtschaft dauerhaft schaden. Derartige Ansichten gefährden unsere Zukunft! Brandenburg konnte lange stolz sein auf seine forstliche Tradition, jetzt gilt es zu retten was noch möglich ist.

Dies schließt den Kreis zu den Anliegen der Waldpädagogik. Meine Ausführungen haben keinen Gegensatz zwischen nachhaltiger Forstwirtschaft und Naturschutz zum Inhalt. Doch dürfen kurzfristige, urbane Interessen nicht länger dazu führen, dass die ländlichen Räume vernachlässigt und in ihrer produktiven Funktion beeinträchtigt werden. Diese Gefahr geht aus von der Geldgier und ihren Interessenten, in deren Gefolge vom bedenkenlosen Konsumrausch, letztlich aber von der Unkenntnis globaler Zusammenhänge, die ich bei den Herrschenden in Baden- Württemberg und vielfach auch sonst feststelle.

Klassische Aufgabenstellung der Waldpädagogik ist das unmittelbare Erleben in der Waldnatur. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass Wälder durch die Zivilisation gefährdete Ökosysteme sind, die aufzubauen Jahrhunderte dauert, die man aber schnell zerstören kann. Neben dem Schutz bedarf der Wald immerwährender Pflege und aufmerksamer Beobachtung zur nachhaltigen Gestaltung der Bestände im Interesse der Ansprüche von uns Menschen in der Gegenwart und in der Zukunft. Es ist nicht leicht, jungen Menschen einen Begriff von den langen Zeiträumen zu vermitteln, die die forstliche Nachhaltigkeit charakterisieren. Dass Wald rasch zerstört werden kann und dass es lange braucht, bis ein schöner Altbestand herangewachsen ist, das kann jedes Kind verstehen. Diese Botschaft kann die Waldpädagogik vermitteln, sie erfüllt dann einen umfassenden Bildungsauftrag im Sinne nachhaltiger Entwicklung und zur Sicherung der Demokratie.

Schluss

Lieber Herr Radestock, Sie haben sich große Verdienste erworben mit Ihrem unermüdlichen, ideenreichen, konsequenten Einsatz für die Waldpädagogik – hier an Ihrem langjährigen Wirkungsort, im Land Brandenburg und weit darüber hinaus bis auf die Europaebene. Sie werden die Freiheit des Alters nutzen und weiter für den Wald, für unsere Zukunft und eine nachhaltige Vernunft in unserer Gesellschaft eintreten. Dazu wünsche ich Ihnen Glück, Gesundheit, Schaffenskraft und viele gute Jahre mit Ihrer lieben Frau und der nachwachsenden Familie.

A
utor:
Prof. Dr. habil. E. U. Köpf
Bergstraße 27, 01737 Tharandt
E-Mail: eukoepf@t-online.de